

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts.
Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Stg Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I. r.
 Hauptflasterer: Georg Treue, Berlin O. 112, Kronprinzenstraße 47, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) —
 und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Stg Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 80 Pfg. —
 Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg., die dreispaltige Postzelle. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh
 in den Händen des Herrn Edwin Reichelt, Chemnitz, Meißnerstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Postzeitungsliste Nr. — Telefon: Nr. 1906, Postamt.

Nr. 41. Chemnitz, Freitag den 7. Oktober 1904. 16. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen in Göppingen, Wolfenbüttel (Leipziger Baumwollweberei), in Cöthen bei Martini (Wendel), in Abent (Webwarenfabrik A. G. m. b. H.), Posamentierern in Berlin (A. Anopfmacher), Halle a. S. (Fischer & Frede), Arbeitern und Arbeiterinnen aller Branchen in Crimmitschau, in Lützenwalde, Spinnern und Spinnerinnen in Naumburg i. S. (Wagner u. Söhne), Jute-Webereien und Spinnerinnen und Arbeiterinnen in Döbeln, Aue, Auefeld, Auefeld (Baumwollspinnerei), Webereien und Chemiedrehereien in Freyberg i. S. (A. Hoppe), Zeugdruckern in Auefeld, Wörtern in Göppersdorf bei Burgk (Abbe), Teppichwebern in Rowawes (Sogad), Spinnerinnen in Neudorf a. Elster.

Unvollständig ausgefüllte Karten müssen notwendigerweise in den Paplerford wandern, dem leider selbst mitunter die Zufuhr als zu groß erscheint.
 Aber die Kollegen, welche richtige und vollständige Angaben machen, haben ein Recht, zu verlangen, daß ihre wahrheitsgetreuen Angaben nicht verfälscht werden durch solche, welche den Stempel der Unwahrhaftigkeit schon auf der Stirn tragen. Wer also nicht zweifelslos seine Karte ausfüllen will, der fülle sie gewissenhaft in allen Zellen aus.
 Die Ortsverwaltungen ersuchen wir, das zur Einsendung gelangende Material nach Möglichkeit nachzuprüfen; oft können dann noch unvollständige Angaben — so beim Namen, der Arbeitszeit — ergänzt werden. In Berlin ist das dann nicht mehr möglich, Leere und unvollständig ausgefüllte Karten bitten wir von der Einsendung auszuschließen; Einsendungen unvollständiger Karten verbiten wir uns aber dringend, da der Inhalt oft die Mühe des Lesens nicht lohnt, viel weniger noch, daß er das Porto der Einsendung wert wäre.
 Und nun wünschen wir allen tätigen Kollegen Kraft und Ausdauer zur Erreichung eines besseren Resultats als das bisherige war!

Schattierungen sorgsam zu studieren, damit sie als Waffen gegen sie ausgeüht werden können. Der dem Gegner mit Erfolg beikomman will, muß über dessen Ziele vollkommen im Klaren sein. Selbstverständlich ist auch, daß die schöngeistige Unterhaltungskunst nicht vernachlässigt werden sollte. Liest sie auch keine eigentlichen Waffen für den Kampf der Arbeit gegen ihre Bedrücker, so doch zum großen Teil das wörtliche Rüstzeug für diesen Kampf, dessen jeder Redner und Propagandist bedarf, will er seine Sache mit Geschick vertreten.
 Darum: Nützt den Winter zur Bereicherung eures Wissens in rechter Würdigung des Erkenntnisjahres:
Wissen ist Macht!

Achtung! Jute-Industrieorte!

Die Kollegen in den Jute-Industrieorten werden hiermit ersucht, Lohnkarte für Spinnerei und Weberei, wenn möglich in mehreren Exemplaren, an die Zentrale einzusenden.
 Wo Lohnkarte nicht bestehen, bitten wir die Kollegen, solche aufzukleben in der Weise, daß sie die Lohnverhältnisse eingehend schildern. Diese Schilderungen wolle man baldmöglichst an die Zentrale einleiten.
 Des weiteren sei nochmals an die Aufforderung erinnert, Fabrikordnungen an uns einzusenden.
 Der Vorstand.

Wissen ist Macht!

Der Winter naht und mit ihm die längeren Abende, die sich so gut zum Lesen und Studieren eignen, das Wissen jeglicher Art zu bereichern.
 Es ist gut, daß die Gewohnheit, in feischer, freier Luft zu lustwandeln, im Winter etwas zurücktritt und so Zeit gewonnen wird zur Bereicherung des Wissens. Erst dadurch wird die im Sommer erzielte Ausrüstung des Geistes voll ausgeüht und in Tätigkeit umgewandelt; erst dadurch werden die gewonnenen Kräfte zur Anwendung gebracht. Und das durch ihre Anwendung erzielte Wissen kann dann in Form von Vorträgen auf andere übertragen werden, denen es entweder an Kraft oder Zeit gebrach, sich aus den reichen Schätzen unserer Literatur direkt Wissen anzueignen. Auf diese Weise wird das Wissen, das nur einige sich angeeignet haben, auf viele andere übertragen und so zu einem guten Teile verallgemeinert.
 Und das ist notwendig. Nicht allein, um unsern Versammlungen Interessant zu machen, sondern auch, um die Mächtigkeit unserer Organisation immer und immer wieder darlegen zu können.
 Und auch das ist notwendig, so paradox es klingen mag. Die Gewerkschaftsbewegung hat immer wieder Enttäuschungen erlebt, wird immer wieder solche erleben. Und sie werden in manchem den Gläubigen an die legendäre Kraft der Gewerkschaft ein wenig erschüttern. Da ist es dann gut, auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse immer wieder auf die Mächtigkeit der Gewerkschaftsorganisation hinweisen zu können und so den Gläubigen an den Wert der Organisation wieder zu heben, wo er vielleicht gesunken sein könnte.
 Am besten geschieht das durch Benutzung der ökonomischen Literatur, aus der die fortschreitende Steigerung der Produktivität zu erweisen ist und daran wieder die Bereicherung der Arbeiter, von dem Arbeitsertrage einen immer höheren Anteil für sich zu verlangen und das Ungerechtigste des Unternehmertums, diese Forderung der Arbeiter zurückzudrängen und abzuweisen, darzutun.
 Damit wird natürlich der Widerstand des Unternehmertums den Arbeiterforderungen gegenüber noch nicht beseitigt. Er kann nur durch fortwährende Stärkung der Arbeiterorganisationen beseitigt werden. Und Sache der Arbeiterorganisationen ist es, auch jetzt, darauf mit Nachdruck hinzuwirken. Es bleibt dann nur noch übrig, dem Einwande zu begegnen, daß die Unternehmertumsorganisation der Arbeiterorganisation überlegen sei.
 Anstehend ist das so, in Wirklichkeit nicht. Selbst zugegeben, daß die Unternehmertumsorganisation der Arbeiterorganisation in der Tat überlegen sei, braucht diese der ersteren noch nicht auf die Dauer zu weichen. Denn die Unternehmertumsorganisation kann sich nicht immer wieder in langen Kämpfen mit der Arbeiterorganisation messen, bei denen sie an Kräftestellen mehr aufbringen müßte, als wenn sie die Forderungen der Arbeiter ohne Kampf bewilligte. Ihr Ziel ist nicht Kampf mit der Arbeiterorganisation, sondern Vermeidung dieses Kampfes. Und auf die Dauer wird sich dieser Kampf bei starken Gewerkschaften nur vermeiden lassen durch Anerkennung der Arbeiterforderungen. Und diese Anerkennung wird nur erzielt werden durch die Tatsache, daß die Gewerkschaften jetzt erstarkt sind, daß sie einen längeren Kampf mit den Unternehmertumsorganisationen nicht zu scheuen brauchen.
 Dies alles kann also durch geschickte Benutzung der einschlägigen Literatur bewirkt werden.
 Von Nutzen wäre auch das Studium der Geschichte. Aus ihr sind gleichfalls wertvolle Waffen für den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital zu gewinnen. Denn sie beweist, daß die Arbeiter schon vor den Mächten unterworfen wurde, wo es ihnen nicht beizukommen möglich war, sich zum Widerstand zu organisieren. Sie zeigt aber auch, daß die Arbeiter für sich zu vollbringen im Stande war und selbst zum Angriff übergehen konnte, wo sie ihre Organisation nicht vernachlässigte.
 Notwendig ist es auch, die Reueparagen der Gegner aller

Konferenz des linksrheinischen Gaubezirks.

Vormittagsitzung.
 Am 26. September tagte in M. Gladbach im Lokale Giesers die diesjährige Gaufunkonferenz für den linksrheinischen Gaubezirk. Die Tagesordnung lautete:
 1. Konstituierung der Konferenz und Wahl der Mandatsprüfungskommission.
 2. Geschäftsbericht.
 3. Rollenbericht.
 4. Bericht der Revisoren.
 5. Wahl des Soges der Gauverwaltung.
 6. Wahl des Gauleiters.
 7. Beitrag zur Gauverwaltung.
 8. Agitation (Referat).
 9. Anträge der Filialen.
 Nachdem Kollege Wilms-M. Gladbach die anwesenden Delegierten aufs herzlichste begrüßt und bewillkommen hatte, wurde die Konferenz um 9 1/2 Uhr vom Gauvorsitzenden Kollegen Wingen eröffnet. Auf Vorschlag desselben wurde die Leitung der Konferenz dem Gauvorsitzenden übertragen unter Einwirkung zweier Schriftführer. Als solche wurden die Kollegen Neimes-Lobberich und Fettweil-Krefeld bestimmt. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Buschhüter-Debt und Kempen-Krefeld gewählt.
 Zum Geschäftsbericht erhielt dann Kollege Fettweil das Wort. Fettweil gab zunächst einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Vorstandes bezüglich der Agitation. Danach sind im Berichtsjahre 45 100 Flugblätter zur Verbreitung gelangt, in wanzahl Versammlungen wurden Vorträge gehalten, zu denen der Gauvorsitzende Referenten befragt hatte. In der letzten Hälfte des Berichtsjahres hat Kollege Arug von dort in den verschiedenen Orten am Niederrhein referiert. Auch infolge der auf der Generalversammlung in Saunover beschlossenen Beitragserhöhung habe man eine Agitationstour mit einem wichtigen auswärtigen Referenten für notwendig erachtet und hierzu den Kollegen Krähig aus Landeshut gewonnen. Derselbe habe sich seiner Aufgabe in durchaus zufriedenstellender Weise entledigt und sei der Willkommenschwand infolge der Beitragserhöhung verhältnismäßig ein minimaler zu nennen. In Abent sei es im vergangenen Frühjahr zu Differenzen gekommen, welche indes auf gutlichem Wege beigelegt wurden; ebenso in St. Löhns. Dort sei durch das entschlossene Vorgehen unster Organisation wie auch des Christlichen Textilarbeiterverbandes eine zehnprozentige Lohnreduktion erfolgreich abgesehen worden. Dies sei der beste Beweis, daß falls man es auf jener Seite wirklich ernst mit der Vertretung der Arbeiterinteressen nehme, auch unter den heutigen Verhältnissen manches für die Arbeiter erreicht werden könnte. Leider blühe diese eine Fall jedoch eine Ausnahme von der sonst üblichen Regel. Trotz dem müsse bei ersten Konflikten mit dem Unternehmertum wenigstens der Versuch zu einem gemeinsamen Vorgehen gemacht werden. Redner bemängelte des weiteren, daß die St. Löhner sowohl wie auch die Abentler Kollegen sich zuerst an den Zentralvorstand gewandt hätten und der Gauvorsitzende infolgedessen erst auf dem Umwege über Berlin informiert worden sei. Eingegangen sei leider die Filiale Abent. Dort sei bekanntlich der Fabrikaustrich, bestehend aus drei Mitgliedern des Christlichen Verbandes und zwei aus unster Verbande wegen „Erpressung“ zu 14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Dieselben hätten den in einer Fabrikversammlung gefassten Beschluß, durch den über die Firma Wilsch, Schroeder u. Komp. die Sperrung verhängt wurde, dieser aufrührerisch brieflich mitgeteilt. Die unglückliche Haltung dieses Schreibens habe dann vom Staatsanwalt bis zum Lande zum Eingreifen geboten. Dem Reichsgericht sei nun die gegen dieses Urteil eingelegte Revision verworfen und somit die Strafe rechtskräftig geworden. Die Folge hiervon sei die Vermählung unster Organisation an diesem Orte und die weitere Folge eine von unster stattgefundenen Lohnreduktion gewesen. Solche Vorkommnisse müsse Redner zum Schluß, wüßten durch die heute stattfindende Anstellung eines Gaubeamten in Zukunft vermieden werden können.
 In der darauf stattfindenden Diskussion regte Kollege M. Gladbach die mangelhaften Beiträge im Samstagsbezirk während des Crimmitschauer Ausstandes. Waulsen-Krefeld wies

Zur Arbeitslosen-Statistik.

Die Einsendung der Zahlkarten für das 2. Quartal 1904 — das erste in unster statistischen Tätigkeit — dürfte als abgeschlossen gelten. Es sei daher gestattet, einen Blick auf das numerische Ergebnis zu werfen, einmal, um die Schwierigkeiten der statistischen Arbeiten zu beleuchten, ferner, um zu zeigen, daß wir uns doch noch anders dahintersehen müssen, wenn etwas Brauchbares herauskommen soll, und endlich, um einige Winke zu geben, bei ferneren Einsendungen des Materials.
 Niemand hatte wohl im 1. Quartal ein besonders günstiges Resultat erwartet, zumal die Zahlkarten Umstände halber verspätet erschienen. Jeder wird aber doch wohl etwas mehr erwartet haben, als das Nachgeschickete.
 Im ganzen gingen ein an brauchbaren Karten 10 807. Leider haben es eine Reihe Orte nicht fertig gebracht, ein Resultat einzusenden. 95 weiter unten verzeichnete Orte verlagten selber das erste Mal vollständig, darunter Orte, die wir mit besonderem Scherme in der Liste der fehlenden sehen. Also nur etwa zwei Drittel der Filialen hatten den ersten Versuch, etwas Brauchbares zu liefern, aufzuweisen. Viel mehr als ein Versuch ist es aber auch da nicht. Zwei Drittel der Filialen lieferten 40 000 Mitglieder darstellen und diesen gegenüber ist ein Resultat von nicht ganz 11 000 Karten ein rechtlich schwaches zu nennen. Crimmitschau allein hat ein befriedigendes Resultat geliefert und außerdem noch eine kleine Anzahl kleinerer Filialen, welche prozentual wohl ebensogut abschneiden wie Crimmitschau.
 Nachstehend verzeichnete Orte sandten keine Zahlkarten ein: Apolda, Auerbach i. C., Auerbach i. V., Ahaus, Berlin V. Burg, Siedl, Dörfel, Beuel, Bramsche, Bernau, Böhlingen, Berra a. d. C., Buerthardsdorf, Birkweller, Beckader, Crefeld, Colmar, Casselwitz, Ober-Großh. Dresden, GutsMuths, Göttingen, Glesfeld, Großschell, Freyberg i. S., Freytag i. Schl., Freyburg i. Schl., Filialen, Fichtenwalde, Coesfeld, Eisenach, Göppingen, Guben, Gornsdorf, Grotz, Grin, Grinberg, Gredwiler, Gommig, Gilden, Gledswagen, Griedberg, Halle a. S., Hartmannsdorf, Hersfeld, Sannover-Linden, Herford, Iphoe, Kirschau, Kitzingen, Langensfeld, Leipzig, Lörrach, Langensalza, Lichtentell-Callenberg, Lemitz, Landesgut, Leipzig-Gohlis, Lübben, Lützen, Mänschen, Mainz, Mellungen, Marienberg, Kleinborsdorf, Neufrieden i. S., Naumburg, Oberlungwitz, Debt, Osterode, Plauen I und II, Pöhlitz-Naumburg, Reichenbach i. W., Rempshausen, Schwelm, Sagan, Straßburg, Schwelbitz, St. Löhns, Sandhofen, St. Lühwitz, Seiffenrieder, Schleitz, Thalheim i. C., Taura, Thallingen, Tharand, Tharand, Treuen, Wiesen, Vogelau, Wunsdorf, Weiden, Wernitzsch, Witzkau.
 Die Ursache, daß große und bewährte Filialen in der Liste der fehlenden stehen, leitet jedenfalls, wie wichtig es ist, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Es können sich die Filialen, welche günstige Ergebnisse liefern, umsonst freuen, und die übrigen haben ihre Zahlkarten — falls sie solche machen — zu verdoppeln, in zu verdoppeln, um ebenfalls zum Gelingen des Ganzen beizutragen.
 Es können bei der Statistik selbstverständlich nur Zahlkarten verwendet werden, welche vollständig sind. Manien (der Wort eine kleine Anzahl von Orten, die die Zahlkarten nicht abgegeben haben, dem Ergebnis gar nicht verzeichnet werden sollen). Aber — ist auf den Karten für das 2. Quartal zum ersten Male angegeben worden, weshalb sie besonders darauf zu achten bitten — (nach vollständigen Lebensangaben angegeben). Beruf, Einkommen, Wohnung, Arbeitsort, Arbeitszeit, Alter, oder Geburtsort, Geburtsort und gemäß den Fragen nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit ausgefüllt sind.

Bekanntgaben.

Gau Bayern.

Der Gau-Vorstand hat sich gebildet:
 Gau-Vorsitzender: Wilhelm Berger, Seufferstr. 15;
 Kassierer: Leonhard Bachmayer, Rungstr. 47, III;
 Schriftführer: Johann Paul, Parstr. 41;
 Revisoren: J. Penneke, A. Matsche.
 Alle Anfragen und Zuschriften sind bis auf weiteres an den Vorsitzenden, Aufträge dagegen nur an den Kassierer zu richten.
 In die sämtlichen Filialen und Orte Bayerns richten wir das Ersuchen, baldigst ihre Adressen einzusenden.
 Mit kollegialem Gruß
 Wilhelm Berger, Nürnberg, Seufferstr. 15, IV.

Die Adresse des Gauleiters ist: B. Brillgemann, Nürnberg, Parstr. 29, 1.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Barmen. Der Wandwiler Karl Kollapp, geboren am 6. April 1873 zu Hanau, hat Mitzinghausen heimlich verlassen. Derselbe hat einen Teil der einfließenden Wochenbeiträge nicht abgeliefert. Es wird gebeten, beim Auftauchen desselben dessen Adresse beim Unterzeichneten mitzuteilen. Das Mitgliedsbuch befindet sich jedoch in unserem Besitz. J. A.: Wüh. D. H. r. g., Barmen, Gewerkschaftstr. 28, I.

Irishw.-Klub. Vom 1. Oktober ab ist die Adresse des Vertrauensmannes: Arno Schröder, Kubastraße, Obere Bahnhofsstr. 18; die des Bevollmächtigten: Louis Bauer, Kubastraße, St. Adelsheidestr. 2.

Rudenswalds. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Emil Saast, Dörfener Str. 10, parterre.

Offenbach a. M. Vorsitzender: Rudolf Fiechtl, Kaiserstr. 1, IV; Kassierer: Robert Böhme, Mühlweg a. M., Al. Wiesenstr. 6, I. Kellereunterstützung zahlt der Kassierer vormittags von 11-12 Uhr in Wobels Restaurant in Offenbach a. M., Frankfurter Str. 72, aus.

Delmenhorst. Kassierer ist Wenzel Stark, Syter Chaussee 248.

Granzahl. Bevollmächtigter ist Oskar Wächter, Granzahl 105 c.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentral-Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

- Abof.** Sonntag den 18. Oktober im „Feldschlösschen“.
- Barmen.** Sonnabend den 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, bei Peter Thiel, Parlamentstraße 5.
- Berlin IV. (Stickerei-Branchen).** Mittwoch den 19. Oktober, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal III, Engel-Ufer 18: Generalversammlung.
- Brackwede.** Sonntag den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Wehmer.
- Duisburg.** Sonnabend den 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, bei Ripper in Neuborf.
- Eisenach.** Sonnabend den 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, beim Kollegen Glot, Westbahnhof.
- Elrich.** Sonnabend den 15. Oktober.
- Frankenberg.** Sonnabend den 15. Oktober im Saale des „Stadtparks“.
- Frankfurt a. M.** Sonnabend den 15. Oktober.
- Forstheim.** Sonnabend den 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Grafmann, Meisenstraße 39.
- Glauchau.** Sonnabend den 15. Oktober, abends 9 Uhr, im „Weißen Hof“.
- Großschänau.** Sonnabend den 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, im Restaurant Stephan.
- Grünberg.** Sonntag den 18. Oktober, nachm. halb 4 Uhr, im „Braunen Tisch“.
- Hersford.** Sonnabend den 15. Oktober im „Gasthof zur Hansbrücke“, Wöbberstr.
- Hohenstein-G.** Montag den 17. Oktober, abends 9 Uhr, in der „Jede“.
- Hildesheim.** Sonntag den 16. Oktober, abends 7 Uhr, bei Wwe. von Pohlheim.
- Ichee.** Mittwoch den 12. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Zentralherberge“.
- Kaiserslautern.** Sonnabend den 15. Oktober, abends 9 Uhr, im „Freten Sängerkreis“.
- Alm a. Rh.** Sonnabend den 15. Oktober, abends 9 Uhr, im „Arbeiter-Gewerkschaftshaus“, Severinstraße 199.
- Simbach.** Donnerstag den 13. Oktober im „Johannesbad“.
- Wülfrathen i. Rh.** Donnerstag den 13. Oktober.
- Münchensdorf.** Sonnabend den 15. Oktober.
- W. Gladbach.** Sonntag den 8. Oktober, nachmittags halb 6 Uhr, bei Evert, Victoria- und Silberbergstraße-Edg.
- Nürnberg.** Sonntag den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, „zum Martin Behalm“, Theresienstraße.
- Oberlungwitz.** Sonntag den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im „Kaffee“.
- Schneeberg.** Sonntag den 16. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Erholung“.
- Stuttgart I.** Sonnabend den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 2.
- Stuttgart II. (Posamentler).** Sonnabend den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Wegesal.** Sonntag den 16. Oktober, nachm. 3 Uhr, im „Lwoll“.
- Zeitz.** Sonnabend den 15. Oktober, abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“.

Sonstige Zusammentünfte.

- Gütersloh.** Sonntag den 16. Oktober, vormittags halb 10 Uhr: Zapftag.
 - Ramsy i. S.** Sonnabend den 15. Oktober: Zapftag.
- Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

Quittung.

Für das Internationale Sekretariat gingen im September bei dem Unterzeichneten ein aus Fürstentum 12,45 M., Preußen 0,70 M., Reich 2,25 M., Sachsen 10,90 M. Die noch restierenden Orte seien darauf hingewiesen, daß sie pro Mitglied 5 Mq. abzuführen haben, nach dem Mitgliedsstande vom 1. Januar d. J.

Mit kollegialem Gruß Paul Wagner, Chemnitz, Wäckerstr. 4, I.

Für das Agitationskomitee Nordbayerns gingen an Beiträgen ein von den Filialen:

Selbtsrecht (I. und II. Quartal 1904)	4,00 M.
Erlangen (III. Quartal 1903, Rest)	1,90
(IV. Quartal 1903)	3,10
Marktredwitz (II. Quartal 1904)	1,25
Nürnberg (I. und II. Quartal 1904)	6,10
Summa	16,35 M.

Nürnberg, den 1. Oktober 1904.

NB. Die Filialen, welche ihren Verpflichtungen noch nicht nachgekommen sind, werden ersucht, dies baldigst zu bewerkstelligen.

Briefkasten.
 Bndrs, Dänemark. Dro Vierteljahr 20 Mq. Exp.
 S. Al., Forst i. S. Wir können Ihre Anfrage nicht beantworten.
 Wenden Sie sich mit derselben an den Vorsitzenden des Porzellanarbeiter-Verbandes, Georg Wollmann, Rossmarktstr. 3, Sektensitzel, 2 Treppen, Charlottenburg.
 Hr., Zler. Patentierte Drahtstähle können Sie beziehen von Ostar Thale, Bartha bei Waldheim i. S.

Berlin IV. Stickerei-Branchen.

Arbeitsnachweis und Verkehrslokal
 befindet sich vom Freitag den 7. Oktober cr. ab bei F. Engel, Restaurant „zum grünen Erden“, Seydel-Straße 30, Amt I 9248.
 Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen, dieses zu beachten.

Der Vorstand.

Mitglied! **Bedauer.** **Mitglied!**
 Sonnabend den 8. Oktober, abends 8 Uhr, findet unsere Mitgliedsversammlung im Lokale des Herrn C. Bente statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Forst i. S. Donnerstag den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei C. Bente. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Das Vertrauensmännerkomitee. 3. Wählstände in hiesigen Fabriken. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Besuch erwartet der Vorstand.

Eisenach.

Wir gratulieren unserem Kollegen Christian Glock nebst Frau zu seiner am 11. Oktober stattfindenden Silbernen Hochzeit.
 Die Kollegen und Kolleginnen des Textilarbeiterverbandes der Filiale Eisenach.

Alm. Montag den 17. Okt. im Gewerkschaftshaus, Severinstraße 199: Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird im Lokale bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Abpenid. Sonnabend den 15. Oktober cr., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wd. Helling, Schönfelder Straße 5: Große Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Schriftstellers Herrn Basse über: „Entstehung und Abtötung des Menschen“. 3. Diskussion. 4. Kassenbericht vom 4. Quartal; Bericht der Revisoren. 5. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Delsitz i. B. Donnerstag den 20. Oktober, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung im „Norddeutschen Hof“. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Lohnverhältnisse in der Teppichbranche. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

St. Lönis. Sonntag den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Sauten: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungsablage vom 3. Quartal. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Tüchtiger Stuhlarbeiter
 oder Zurlüster sofort für dauernd gesucht.
 O. Grünwald, Köln a. Rh., Mühlweg 16.

Hienfong-Essenz
 für Wiederverkäufer, extra stark, verwendet 1 Duzend Mt. 2,50 (30 Flaschen Mt. 7,-) kostenfrei Abzählung.
Laboratorium P. Seifert
 Dittersbach No. 131 bei Waldenburg, Schlesien.

Hoher und leichter Nebenverdienst.
 Bei hoher Vergütung sucht an jedem Orte Herren, welche den Betrieb hochf. Konfurrenz, Neuhelben (ganz vorzügl. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Prospekt gratis und franco an jedermann: Harm. Wolf, Zwickau i. Sa., Reichstr. 44.



Nachruf!
 Unserm viel zu früh von uns geschiedenen Verbands- und Arbeitervorsteher Herrn Otto Wiegmann rufen wir ein „Leicht sei dir die Erde!“ als letzten Gruß nach.
 Die organisierten Arbeiter der Frankfurter Teppichfabrik.

Gestorben:
 Herr. Verbandsmitglied Marie Unger, 41 Jahre alt. — Schlaganfall.
 Herr. Verbandsmitglied Subart Kappers, Waldenburg i. S. Verbandsmitglied Alfred Pitt, 17 Jahre alt. — Scharlachepidemie.
 Ehre ihrem Angehörigen!

Inhalt (Sonderblatt): Streitfallartikel. — Was der Vorst. des Zur Arbeitslosenstatistik. — Was ist Markt. — Konferenz. — Unternehmischen Gewerkschaft. — Zur Wirtschaft in Baden. — Mittellungen aus Frankreich. — Posamentler-Bewegung. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Soziale. — Wirtschaftliches. — Vermischtes. — Arbeitervorbereitung in Berlin. — Bekanntgaben. — Verbands-Mittellungen. — Versammlungskalender. — Quittungen. — Briefkasten. — Operate. — Toilette. — (Bellage). — Pro einmal die Wahl von Arbeitervertretern an den unteren Verwaltungsgliederungen. — Die bayrische Gewerkschaftskonferenz 1904. — Wirtschaftliches. — Mittellungen aus Frankreich.

Verleger: Clemens Wiegand, Coblenz. — Redakteur: Paul Wagner, Chemnitz. — Druck: J. G. Neumann, Chemnitz.

Steuern eine Belastung

daß dieselben Fabrikanten, deren in solchen Fällen die Festlegung höherer Preise unter Berufung auf Verteuerung des Rohmaterials, sehr leicht gemacht wird, ihren Arbeitern die Verbesserung ihrer Lebensbedingung räumlich mit der Bemerkung ablehnen, daß sie dann den Schaden zu tragen hätten. Nach den Vorgängen auf dem Gebiete des Arbeitens kann man derartige Sätze einfach als faule Ausreden bezeichnen. Wenn es den Unternehmern möglich ist, die Steigerung der Preise für Rohmaterial, bei der neuen Kalkulation eine Erhöhung der Warenpreise zu erzielen, dann muß dies auch unter allen Umständen möglich sein, wenn es sich um eine Erhöhung der Produktionskosten für die Arbeiter-Branchen handelt. Es ist ja zuzugeden, daß die Unternehmer Vorteile haben können, wenn nach Abschluß der Warenkalkulation die Preise für Rohmaterial plötzlich steigen, oder wenn innerhalb einer solchen Periode die Preise für Rohmaterial fallen, das ist sogar schon öfter der Fall gewesen. Die Unternehmer werden nun sagen: Ja, die Arbeiter kommen aber mit ihren erhöhten Lohnforderungen nicht, wenn die Preise für die Ware für ein Jahr, oder doch für eine Saison, fest abgeschlossen sind. Dem ist entgegen zu halten, daß hieran einzig und allein die Unternehmer schuld sind. Die Winterperiode ist gewöhnlich die beste Zeit, wo der Geschäftsgang ein sehr ruhiger ist. Würden die Arbeiter da mit ihren berechtigten Forderungen an den Unternehmer herantreten, dann könnten sie nach den gemachten Erfahrungen erleben, daß ihnen ohne weiteres vom Unternehmer die Tür geöffnet würde. Dem Beschlag der Preise für Rohmaterial muß sich aber der Unternehmer setzen, weil er weiß, daß die Beherrschung des Weltmarkts, soweit es das Rohmaterial betrifft, einzig und allein in den Händen der Unternehmer liegt. Dem ist entgegen zu halten, daß die Unternehmer die Preise für Rohmaterial auch nicht allzu weit hinaus schieben, er muß bestellen und ist so gezwungen, die höheren Preise zu zahlen. Alles dies trifft bei der Ware Arbeitskraft nur in ganz seltenen Fällen einmal zu, wenn nämlich die Arbeiter die günstigste Periode benötigen, um eine Lohnverhöhung zu erzielen. Das ist der Fall, wenn die Bestellung der Ware dringlich und ein Erfolg anderer Verhältnisse unmöglich oder doch sehr schwierig ist. Bei in solchen Fällen die Unternehmer in eine nicht gerade angenehme Situation gedrängt werden, soll zugegeben werden, aber sie haben sich die Schuld daran ganz allein zuzuschreiben. Würden die Herren den Wünschen ihrer Arbeiter schon bei der Kalkulation der Waren Rechnung tragen, dann würden sie selbst zur Sicherheit der Produktionsverhältnisse beitragen. Unmöglich ist dies aber keinesfalls. Die Unternehmer, die es sich doch etwas kosten lassen, um die geeigneten Maßnahmen gegen ihre Arbeiter zu treffen, die besten Mittel anzuwenden, um gegen die Arbeiter Front zu machen, sie könnten, wenn der gute Wille vorhanden wäre, mit viel geringeren Mitteln bei der gleichen Solidarität sehr viel für ihre Arbeiter tun. — Daran ist aber bei dem Weiten des Kapitalismus nicht zu denken. Die Herren werden sorgsam darüber, daß ihr Profit nicht gefährdet wird; wollen die Arbeiter etwas erzwingen, dann müssen sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Die Kraft der Arbeiter äußert sich aber nur durch die Machterhaltung der Organisation. Je größer die Organisation der Textilarbeiter ist, um so leichter wird es werden, das Unternehmertum zu zwingen, den Forderungen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen, und um nicht persönlich gefährdet zu werden, werden dann die Herren schon bei der Kalkulation den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen. Wenn dann die Rede von vorgenommenen Preis-erhöhungen der Waren ist, dann weiß man, daß dann auch die Arbeiter etwas davon haben, während heute eine Preisverhöhung nur die Erhaltung oder Erhöhung des Unternehmerprofits bedeutet.

Vermischtes.

Die Aufgabe der Schule in der Bekämpfung des Alkoholismus. Neben dieses Thema wurden auf dem diesjährigen V. Schweizerischen Alltagskongress in Bern vier sehr bemerkenswerte Vorträge von Dr. Hug-Burghard, Mon. Gammann-Dallrey, Schuldirektor Prof. W. Mühlstein und Lehrer Brändinger-Bern gehalten. Die als Beilage im Verlage der Schriftstelle des Alkoholgegnerebundes Basel erschienenen Vorträge sind bereits in wenigen Monaten in einer Auflage von 13000 vertrieben worden, da u. a. die verschiedenen kantonalen Erziehungsbehörden sie zu freier Verteilung an die Lehrerschaft aufkauften. Auch in Deutschland sind in den letzten W. einige tüchtige Arbeiten über diese bedeutsame Frage erschienen, so J. Wieders „Alkoholismus und Erziehung“ (Gesellschaft), H. Schmidt „Die Trunksucht und ihre Bekämpfung durch die Schule“ (Wien und Leipzig, A. Wieders W. & Sohn), Frau Dr. phil. Wieders-Waller „Jugendberührung und Alkoholfrage“ (Berlin N. 28).

Neben der Verabreichung der Bekämpfung durch den Alkoholgegnerebund hat Dr. med. Alfred S. Stech, Arzt in Magdeburg und Direktor der Staatsvollstreckungsanstalt, in seiner tüchtigen volkswirtschaftlichen Studie „Alkoholismus und wirtschaftliche Arbeit“ (Jena, Gustav Fischer) eingehende Untersuchungen gemacht. Wenn das beigebrachte statistische Material auch nicht gestattet, den Umfang der Rolle, welche der Alkohol als arbeitsschädlicher Faktor spielt bezw. spielen kann, in Prozenten der leistungsfähigen Arbeit zu erfassen, so vermag er u. a. doch folgenden, recht bedeutungsvollen Schlus zu ziehen: „Jede Arbeitsleistung, auch solche, welche mit einem Minimum von Intelligenz auskommt, steht nach einem sonntäglichen Hebermann im Alkoholgegnerebund die ganze Woche hindurch unter der schädlichen Nachwirkung; letztere wird vermehrt durch die während der Woche noch dazu genossenen Quantitäten unterhalten.“

Die Arbeiter-Bildungsschule in Berlin

Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15
 veröffentlicht für das 4. Quartal 1904 folgenden

Lehrplan

- Montag:** National-Oekonomie (Theoretische National-Oekonomie, I. Teil). Vortragender: Schriftsteller Max Grünwald.
 - Dienstag:** Geschichte (Von der Völkerwanderung bis zu den großen Entdeckungen und Entdeckungen des 16. und 17. Jahrhunderts). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
 - Mittwoch:** Natur-Erkennntnis (Entwicklung des Weltalls und der Erde). Vortragender: Schriftsteller M. S. Baegge.
 - Donnerstag:** Soziale Gesetzgebung (Arbeiter-Versicherung). Vortragender: Schriftsteller Simon Kagenstein.
 - Freitag:** Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Vortrag). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
 - Sonntag:** Fortschrittskursus in National-Oekonomie (Staatswissenschaftliche praktische Übungen). Vortragender: Schriftsteller Max Grünwald.
 - Sonntag:** Fortschrittskursus in Rede-Übung (Übungen im Vortrag für Fortgeschrittene). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
- Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie: Montag den 10. Oktober; Geschichte: Dienstag den 11. Oktober; Natur-Erkennntnis: Mittwoch den 12. Oktober; Soziale Gesetzgebung: Donnerstag den 13. Oktober; Rede-Übung: Freitag den 14. Oktober; die beiden Fortschrittskurse: Sonntag den 16. Oktober.
- Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
- Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Mq.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mq. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
- Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.
- Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulhaus Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Adressen: Schrift. Schulhaus, Adenstraße 40a; Neul. Barnimstr. 42; Wegel, Demminstraße 32; Krause, Müllerstraße 7a; Hoff, Engel-Ufer 15.
- Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Samms, Berlin SW. 48, Hornstraße 30, Quartier II, Bescheidungen an den Kassierer S. Abnig, Berlin S. 50, Salzenstraße 66, zu senden.
- Der Vorstand:
 Den Arbeitern und Arbeiterinnen Berlins ist Verbund der Arbeiter zur Arbeiter-Bildungsschule empfohlen.

Beilage zu Nr. 41 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 7. Oktober 1904.

Noch einmal die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden.

Das Zentral-Arbeitersekretariat schreibt uns: In nächster Zeit vollzieht sich ganz unmerklich, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit, eine höchst wichtige Wahl im Rahmen unserer Versicherungsgesetze. Am Schluß des Jahres ist die fünfjährige Wahlperiode der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden abgelaufen und erfolgen nunmehr die Neuwahlen.

Die Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden werden zu gleichen Teilen aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer gewählt. Die Funktionen dieser Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden sind für die Arbeiter von nicht unbedeutender Bedeutung. Die untere Verwaltungsbehörde bildet in dem Verfahren zur Erlangung einer Invaliden- oder Altersrente die erste vorbereitende Instanz. Sie hat die Anträge auf Bewilligung einer Invaliden- oder Altersrente entgegenzunehmen, Anträge auf Rentenbewilligung oder Entziehung der Invalidenrente zu begutachten und zu prüfen. In allen diesen Fällen sind die Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden heranzuziehen, um also einen Einfluß auf die Begutachtung solcher Rentenentwürfe aus. Es bedarf eines Hinweises, wie wichtig gerade diese Funktion bei der Rentenbewilligung für die versicherten Arbeiter ist.

Die Bedeutung der Wahlen tritt aber noch mehr in den Vordergrund, wenn wir berücksichtigen, daß die Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden den Wahlkörper für die Wahlen der Vertreter zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt bilden. Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt wählt sodann die Vertreter zum Vorstand der Landesversicherungsanstalt, die Vertreter zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Arbeitervertreter, die von den Berufsgenossenschaften bei der Unfallverhütungsvorschriften hinzugezogen werden; und endlich wählen die Vertreter erst Schiedsgerichte die nichtständigen Mitglieder zu den Landesversicherungsämtern und dem Meldeversicherungsamte.

Diese Wahlen vollziehen sich so, daß in allen diesen Körpern die Vertreter der Unternehmer auf der einen Seite, die Vertreter der Arbeiter auf der anderen Seite einen geschlossenen Wahlkörper bilden, der je für sich seine eigene Vertretung bestimmt. Es erhellt aus dem Dargelegten, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentenbewilligung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten ausüben vermag.

Es kommen bei diesen Wahlen 1408 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je 4 Vertreter aus dem Kreise der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen; darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Vertreter zu bestimmen. Nach der letzten Bekanntmachung waren bei den unteren Verwaltungsbehörden 12380 Vertreter, mithin 6190 Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden berufen.

Die Wahl der Vertreter vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und schwierigen Verfahren. Das Wahlrecht haben die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, Anapolytischen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung der Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 76 a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zuschußkassen aus). Das Recht haben aber auch nur die freien Hilfskassen, die ihren Ausbreitungsbezirk nicht über den der unteren Verwaltungsbehörde ausdehnen. Es sind also mithin nur die Vorstände der lokalen, freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt. Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände sowie die Vertreter der Gemeindekrankenkassen (ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind).

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet. Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eigenen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde die Krankenkassen vorstünde die nötige Anordnung erlassen hat, Aufforderung zur Wahl, Beigabe der Stimmzettel, hat der Vorstand der Krankenkasse den Vorstand zusammenzubringen und im Besonderen Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen. Gewählt gilt vom Vorstand der Krankenkasse derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Um nun unnötige Zersplitterungen bei der Wahl zu vermeiden, ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaften oder Gewerkschaftsstellvertreter im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Zentral-Arbeitersekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Zirkulare an die Gewerkschaftsstellvertreter gegeben, und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nunmehr die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Bemerken wollen wir, daß es auch nicht ausschließlos erscheint, die einzigen Bezirke für die Wahl der Unternehmervertreter vor-

zubereiten zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassen vorstünden sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind. Was die Wählbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeitsstätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand an einer Verwaltungsanstalt Beiträge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er nicht dort wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche, über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Verurteilung die Befähigung zu diesem Amte verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt haben bestimmt, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 15. November stattzufinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen bejahen die Wahlen am 1. November d. J. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahr angelegt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da, wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den invaliden und hilfsbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

Die bayrische Gewerbe-Inspektion 1903.

Nach aus ihrem Bericht ist zu ersehen, daß die Arbeiter auch in Bayern keineswegs aus dem Auge gelassen sind.

Die Durchführung des Arbeiterschutzes weist eine bedeutende Zunahme der ermittelten Ungesundheiten und der Verstöße auf, was auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten strengeren Kontrolle schließen läßt. So stieg die Zahl der Anlagen, in denen Vergehen gegen den Jugendschutz ermittelt wurden, gegenüber dem Vorjahre, von 1888 auf 2243, die der bestraften Personen von 83 auf 127. Ebenso vermehrte sich die Zahl der Anlagen in Bezug auf Arbeiterinnenschutze von 867 auf 614 und die der hierfür bestraften von 42 auf 96. Nur zu einem geringen Teil sind diese Verstöße durch den im Berichtsjahre rechtskräftig gewordenen Schutz der Arbeiter in Steinbrüchen beseitigt, soweit der Schutz jugendlicher in Frage kommt. Ueber die Arbeiterschutze gehen bei Befähigung erwachsener Arbeiter geben die Tabellen gar keine Auskunft. Eine umfassendere und öftere Inspektion würde zweifellos weit mehr Arbeiterschutze zu Tage fördern. Über schon das ermittelte Tatsachenmaterial ist höchst lehrreich. Da ergibt sich, daß trotz mehr als zehnjährigen Bestehens des Arbeiterschutzes noch immer wieder verstoßt wird, Kinder in ungeschicktem Alter in fabrikmäßigen Betrieben und Ziegeleien zu beschäftigen, wogegen häufig erst eingeschritten werden kann, wenn der Mißbrauch kindlicher Arbeitskräfte durch Unfälle zur Kenntnis der Behörde gelangt. So beschäftigte ein Elektrizitätswerk einen 12jährigen Knaben mit der Kontrolle der Spannungen am Schaltbrett und ein Sägewerk einen Knaben desselben Alters an der Kreissäge. Man sollte es kaum für möglich halten, daß solche triviale Gesetzesverletzungen noch vorkommen könnten. Ein Stallenerknecht wurde durch eine herabstürzende Lehmziegel erschlagen und ein 13jähriger Maurerlehrling fand durch ein einströmendes Gewölbe seinen Tod. Auch die jugendlichen Arbeiter werden häufig rechtskräftig mit gefährlichen Arbeiten beschäftigt, so daß ernste Gesundheitschädigungen daraus erwachsen, wenn die Behörden nicht rechtzeitig eingreifen. So mußte in pfälzischen Blechwarenfabriken die Verwendung jugendlicher Arbeiter beim Belzen mit Salzsäure und Natronlauge, wobei giftige Dämpfe entstehen, beanstandet werden. Ebenso wurde ihnen das Auflegen von Treibriemen unterlagt. Von mangelnder Beaufsichtigung zeugt der tödliche Unfall eines jugendlichen Ziegelarbeiters (Stallener), der von dem einströmenden Ringofen abstürzte.

Hinsichtlich der Arbeitszeit erfahren wir folgendes: In Birmans wurde die Arbeitszeit in Schuhfabriken für ca. 1800 Arbeiterinnen von 10 1/4 bis 10 3/4 Stunden auf 10 Stunden herabgesetzt; einige Zigarrenfabriken haben sogar den Neuntugendtag eingeführt, ohne einen Produktionsausfall zu erleiden. Eine Arbeitszeitstatistik des mittelfränkischen Bezirkes stellt fest, daß nur noch 27,8 Proz. der Arbeiterinnen in Fabriken eine längere als 10stündige, dagegen bereits 55,4 Proz. eine kürzere Arbeitsdauer haben. In Handwerksbetrieben war dagegen in 85 Proz. der Betriebe eine längere als 10stündige Arbeitszeit zu finden. In der Oberpfalz hatten die Textilbetriebe am Ekkontendtag fest; eine Thonwarenfabrik, die dort während des schlechten Geschäftsganges den Neuntugendtag eingeführt hatte, behält es jetzt bei dieser Arbeitsdauer. Sehr lange Arbeitszeiten finden sich in Pappmachereien; der dort üblichen Nebenablenkung der weiblichen Arbeitskräfte wird die neue Konfektionsverordnung eine Schranke setzen.

Der oberpfälzische Beamte berichtet über sehr schlechte Ernährungsvhältnisse der Arbeiterinnen, die er auf zu große Genußgier und Anspruchslosigkeit derselben zurückführt. Er meint, nicht die Höhe der Löhne sei hieran Schuld, sondern eher der Mangel an Zeit, sich etwas Gelegenes zuzubereiten, und eine mangelnde Sparfamkeit zum Nachteil des eigenen Körpers. Der Beamte überläßt velleicht, daß der Frauenlohn vielfach für eine ganze Familie ausreicht, und daß die Sparfamkeit daher eine erzwungene ist. Darüber, welcher Lohn selbst für eine Arbeiterin zu einer vernünftigen Lebensführung ausreichend ist, werden natürlich die Meinungen sehr stark auseinandergehen. Daß Arbeitszeitverkürzungen keinen Produktionsrückgang verursachen, wurde mehrfach, parallelförmigweise auch in Textilbetrieben (Bez. Oberfranken) festgestellt. Die Sonntagsgarbeitszeit ist vorzüglich in Steinbrüchen noch immer zu wünschen übrig, obgleich die Inspektion die Meinung der Arbeiter teilt, daß bei richtiger Einrichtung des Betriebes die Sonntagsgarbeitszeit auf ein minimales Maß beschränkt werden kann. Im Bezirk Unterfranken gelang es, durch Verhandlungen der Organisationen mit einigen

Branereien und Bierabnehmern eine befriedigende Regelung zu erzielen und konnte in allen Fällen auf die dabei gemachten guten Erfahrungen hingewiesen werden. Der Arbeiterschutze in Getreide-mühlen ist noch immer nicht richtig durchgeführt; in Oberfranken wurden noch mehrfach 24-stündige Arbeitsschichten gefunden. Auch die Bäckereiverhältnisse bedürfen noch der strengsten Kontrolle. Die Münchner Bäckergehilfen ersuchten in einer Eingabe an die Regierung um eine Einschränkung der Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen an den hohen Festtagen, welchem die Regierung, obwohl auch die Bäckereimittel die Eingabe bekräftigt hatte, nicht stattgab. Im Bericht von Unterfranken wird die von Arbeitergebräuden und Arbeitern gewünschte Einführung einer strengen Nahrungs-mittel-Kontrolle im Interesse des Arbeiterschutzes befürwortet. Natürlich ist dies eine Aufgabe der allgemeinen öffentlichen Hygiene. Bezüglich für Bayern ist, daß es leider auch in Oberfranken häufig selbst noch an der nötigen Aufklärung über den Wert des Arbeiterschutzes fehlt. Der pfälzische Beamte berichtet von Mähdreher- und Arbeiter, ihre noch nicht 14jährigen Kinder zehn Stunden täglich in der Fabrik arbeiten zu lassen, da sie sonst nur unzufrieden. Der Bericht fügt hinzu, daß die Einführung eines achtjährigen Schuljahres in Bayern diesen Mangel am besten steuern werde.

Sicher wären die Kinder in der Schule besser aufgehoben, als in der Fabrik. Darin kann man dem Beamten nur recht geben. Und wenn die Eltern ihre Kinder nur dem Unzufriedenheit entziehen wollen, werden sie ihm auch zustimmen müssen.

Alles in allem zeigt auch dieser Bericht, daß die Arbeiter sowohl in Bezug auf Erhöhung der Löhne wie auf Verkürzung der Arbeitszeit namentlich hinsichtlich letzterer manche Kränzchen schaffen könnten, wenn sie ihre gewerkschaftlichen Organisationen mehr stärken und mit deren Hilfe dem Unternehmertum gemeinsame Forderungen stellen könnten. Gerade in Bayern, wie überhaupt in ganz Süddeutschland, wo alle namhaften sozialpolitischen Faktoren mehr zu dem Arbeiter stehen als sonst im Reich, könnten Erfolge nicht ausbleiben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wenig glänzende Kohlen- und Eisenkonjunktur. Die Hibernia-affäre. - Mißbrauch der Auswandererkontrolle. - Binenschiffahrt und Eisenbahn. - Neue Bankausführung.

Unfallig unglücklich lautet schon seit geraumer Zeit die Nachricht vom deutschen Kohlen- und Eisenmarkt. In der Eisenindustrie hat man in den letzten Monaten die alte verhängnisvolle Praxis der Scheuderausfuhr mehr als früher zu vermeiden gesucht; dafür ist der innere Preisdruck, die notwendige Folge der verhältnismäßig überreichlichen Angebots auf dem heimischen Markt, nicht in wünschenswerter Weise gewichen. Das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt ist allmählich zu einer Förderungsbeschränkung gelangt, wie sie bisher unerhört war. Der Vorseher weiß, daß die „Einschränkung“ nur eine relative ist: gemessen an der Produktionsfähigkeit, wie sie den Syndikatsregelungen rechtlich zu Grunde liegt. Steigende Förderungsbeschränkung kann also recht wohl mit einer absolut gleichbleibenden oder sogar noch zunehmenden Produktion zusammenfallen — es braucht nur die (nach bestimmten Regeln eingeschränkte) Erzeugungsfähigkeit noch rascher zu wachsen. Der „Arbeitsmarkt“, der Bedarf an Arbeitskräften braucht also in solchen Fällen nicht zu leiden, und bisher war das meist Tatsache. Das Kapital rechnet jedoch anders; mit der Produktionsfähigkeit sind eine ganze Reihe seiner Auslagen und festen Anlagen gewachsen, und letztere bringen zum mindesten nicht den erwarteten Profit, wenn der Produktion immer fähigere Maschinen angelegt werden. Wenn also am 16. September seitens der Zechenbesitzerversammlung eine Minderproduktion von 28 Proz. für Kohle, von 33 Proz. für Koks, von 35 Proz. für Breiße beschlossen wurde, so sind das alles für das Kapital keine Fremdenbockheiten. Um so weniger, als letztlich die tatsächliche Minderförderung (Juli 26,68 Proz., August 24,62 Proz.) stets noch beträchtlich über die vorgesehene Einschränkung (Juli 22 Proz., August gleichfalls 22 Proz.) hinausgeht, um die es sich bei dem jetzigen Beschluß abermals zunächst handelt. Die „Vollständige Zeitung“ gibt über die tatsächlichen Förderungsbeschränkungen für Kohlen die nachfolgende Zusammenstellung für die letzten drei Jahre, wobei gleich ergänzend bemerkt sei, daß das Syndikat die seit seinem Bestehen höchste Produktionsverkürzung in der Periode von Februar bis August 1902 zu verzeichnen hatte:

Tatsächliche Förderungsbeschränkung für Kohlen:	(alles in Prozent)		
	1901	1902	1903
Januar	20,29	15	20
Februar	22,54	16	21
März	20,06	19	22
April	23,19	18	22
Mai	21,08	17	18
Juni	22,92	17	21
Juli	26,06	16	23
August	24,52	16	21
September	—	16	20
Oktober	—	22	18
November	—	17	13
Dezember	—	18	16
Jahresdurchschnitt	bisher 23,17	17,75	19,58

Das Bild für die Koksproduktion ist nicht ganz das gleiche: Hier überstieg 1902 die Produktion mehrfach die jetzige (Januar 1902 38 Proz. Einschränkung, März 1902 35 Proz.).

Die Leitung des Syndikats ließ allerdings gleichzeitig durch Herrn Arndorf ankündigen, daß man durch das entschlossene Vorgehen schon im November eine bessere Marktlage erreicht zu sehen hoffe; ein Anfräumen der alten Vorräte und ein dauernder Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Vorläufig hört man fortgesetzt nur wenig tröstliche Berichte über die anschwelenden Kohlenlager, vor allem an den großen Umschlag- und Abzugslägen längs des Rheins. Selbst die Eisenbahnverwaltung mußte sich dagegen wenden, daß ihre Kohlenwaggons in den Zechenbahnhöfen beladen werden, dann aber stehen bleiben, weil keine Abnahmeordres eingegangen sind.

Erwähnenswert ist ferner, daß die Zechenbesitzerversammlung vom 16. September zugleich den Vorstand beauftragte, neue Verhandlungen mit dem Syndikat anzuknüpfen, betreffs des Beitritts zum Kohlenyndikat. Offenbar will man hierdurch zwei Anliegen mit einem Schlage treffen. Einmal soll die Hibernia-Affäre als Abfälligkeit und unnötig erscheinen, da der preussischen Regierung nunmehr sich und Stimme im Syndikat auch ohne den Hibernia-erwerb in bestimmter Aussicht gestellt sei. Ferner möchte man die mögliche Selbständigkeit der staatlichen Kohlenpolitik nach Kräften untergraben, indem man den Staat als Syndikatsmitglied, wie jedes andere Mitglied, unweigerlich an die Syndikatsbeschlüsse lenkt. Wir betonen schon mehrfach, daß wir dies für die zutrefflichste

Die Beteiligung an der Wahl ist übertragen in: Bayern: Verordnung vom 14. Dezember 1899 § 8; den Magistrate der unmittelbaren Städte und den Distriktsräten, bei der Wahl der Distriktsauswahlen. Preußen: Bekanntmachung vom 24. August 1899 Ziffer 7; den Kreisräten in Stadtkreisen der Magistrate. Als weitere Kommunalverbände gelten hier die Kreise und in Hohenzollern die Obermündungsbezirke. Württemberg: Verfügung des Ministers des Innern vom 6. November 1899 § 14 (Reg.-Bl. S. 1043) den Verwaltungen der Gemeinde-Krankenversicherungen und Krankenpflege-Versicherungen. Hessen: Ausführungsverordnung vom 19. Oktober 1899 § 8; Bürgermeistern und Kreisräten. Baden: Verordnung vom 14. November 1899 § 1; Amtsräten (Stadtkreis) oder Regierung für den Landratsverband, Amtsräten (Landkreis), Bürgermeistern, nach Verordnung vom 6. November 1899. Braunschweig: Magistrat Braunschweig, Kreisräten. Ostpreußen: Verwaltungsbehörden. Schwarzburg-Sondershausen: Bezirksauswahlen. Lippe: Demob: Amtsgemeinderäten, Magistraten.

Wohnung des jetzigen Wirtworts halten würden. Ein Einfluß des Staates (als Kohlenproduzenten) im Syndikat mag erstrebenswert sein. Doch wichtiger ist jedoch, daß der Staat mit einer ansehnlichen Produktion und Produktionsfähigkeit derart unabhängig, das heißt außerhalb des Syndikats bleibt, daß er unter Umständen auch andere Wege gehen und sich am Kampfe gegen das Monopol beteiligen kann.

Der Silberkaufvertrag hat in der Zwischenzeit zu Weiterungen geführt, die fast einen dreißigjährigen Kollisionskrieg erwarten lassen könnten, wenn in solchen Dingen nicht gewöhnlich einer der Gegener rasch zur Aufgabe sich entscheidet. Die Gruppe der Dresdner Bank, also der Bestandhaltung, hat die Einberufung einer neuen Generalversammlung beantragt, um die (auch gerichtlich angeforderten) früheren Beschlüsse zu korrigieren; dabei kam zugleich zum Ausdruck, daß diese Gruppe bereits über mehr als die Hälfte des (alten) Aktienkapitals verfügt. Von Bezeichnung der Königlich Preussischen Zentralbankdirektion in Berlin hat die Dresdner Bank außer den bei dem Vater Herrn Justizrat Sprentmann in Berlin hinterlegten 3000000000 M. Silbermarken noch 2751000 M. bei der Königlich Sächsischen hinterlegt, zusammen genommen also 26751000 M., sie besitzt mithin mehr als die Hälfte des gesamten Aktienkapitals. Die alte Verwaltung ging auf den Antrag bisher nur zum Teil ein, heute die neue Generalversammlung auf den 22. Oktober fest, warfen ihrerseits jedoch ebenfalls mit einer Übertragung auf die beschlossenen 6,5 Millionen Mark neue Aktien besetzt werden mit anderen Worten: die Majorität der Bestandsgruppe sei illusorisch gemacht. Die höchsten Rechenposten sind nunmehr ausgeworfen. Denn auch gegen den Protest, den die Erhöhung des Aktienkapitals ist Protest erhoben, so wie die Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister noch ausbleibt. Jedes nach Meinung der Verwaltung schlecht das die Verletzung von Aktienrechten und die Ausschüttung von Aktienrechten nicht aus. Hat aber einmal der Vorstand Entschlossenheit das Recht auf den Bezug der neuen Aktien übertragen, so bleibt folgend man weiter die Aktienbesitzer daran gebunden. Die neuen Aktien dürfen zwar erst nach der bisher unternommenen Eintragung in das Handelsregister tatsächlich ausgegeben werden; jedoch Aktienrechte entstehen, nach den bestehenden Kommentaren, nicht erst durch die Ausgabe von Aktienurkunden; die 6,5 Millionen würden also unter Umständen mit ihrer Stammesberechtigung ins Gewicht fallen, zum Verger der Treue der Bank bezug der preussischen Regierung, deren Majorität abhandeln werden zur Minorität zusammenschließen würde. Man kann sich denken, was für ein Vorkommnis von Nachfragen damit entsteht, wie jeder Beschluß, der bisher gefaßt wurde oder in Zukunft weiter gefaßt wird, der andern Seite rechtsungültig und unanwendbar erscheinen muß. Wir glauben daher kaum, daß den Vorstehern hier was letzte Wort bleiben wird, denn auf diesem Wege konnte der Tag des jüngsten Gerichts bedenklich nahe herankücken, ehe Herr Müller oder seine Nachfolger über Annahme oder Ablehnung eines neuen Beschlusses in der Tasche haben. Solche Entscheidungen fallen in letzter Minute niemals nach den Interessen des formellen Rechts, sondern nach den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit für die Beteiligten.

Auf die neuen Feststellungen über den Mißbrauch der Auswanderungsbehörden zur Praxierung von Kunden für die bankmäßige Reduktion läßt sich Herr Ballin antworten, daß es die unzulässige Einmischung der Behörden gegenüber den über die Auswanderenden gleichfalls nicht besser treibe. Eine vielleicht etwas phantastische Zeitungsmittelung spricht bereits davon, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen die gegenseitige Behandlung des transitorischen Auswandererstromes geregelt werden solle und daß darauf die jüngsten Konferenzen zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern unserer beiden hervorragendsten Redereien zurückzuführen seien. Ein Fortschritt wäre das; nur lassen die immer enger werdenden Beziehungen zwischen der Regierung und den Großredereien eher befürchten, daß die Staatsgewalt, um Herrn Ballin willig zu sein, von unhaltbaren Umständen zu retten versuchen werde, was irgend zu retten ist.

Die **Winnenschiffahrt** hat nach den mehrfachen Regensfällen ihren Betrieb wieder stärker aufnehmen können. Doch steht es nicht, vor allem auf der Elbe, noch immer still. Die Transportunterbrechung auf der Elbe hat übrigens Stellen gegen über Hamburg wesentlich günstiger gestellt: die Verbindungen nach Berlin vollziehen sich vielfach auf dem Seewege nach Stettin und dann durch den Kinowalder bis zur Reichshauptstadt und seinem kommerziellen Hinterland. Die englische Kohle hat wohl nur auf diesem Wege ihr altes wertvolles Absatzgebiet erreicht.

Anderswärts haben natürlich die **Eisenbahnen** große Transportmengen übernommen, die in normalen Zeiten den Wasserstraßen zugefallen wären. In der vorliegenden Auguststatistik der preussischen Staatsbahnen spiegelt sich das wieder. Die fortgesetzte Verkehrssteigerung ist hier nicht viel weniger auf den Personenverkehr als auf den Gütertransport zurückzuführen, der gegen den August des Vorjahres 4 1/2 Mill. M. Mehrerlöse brachte, während der Personenverkehr nur 1/2 Mill. M. Mehrerlöse brachte. Der diesjährige August war mit 141,2 Mill. Mark Einnahme überhaupt der günstigste Monat, den die preussische Eisenbahnverwaltung jemals zu verzeichnen hatte.

Eine neue **Bankfusion** hat in den letzten Tagen ein gewisses Aufsehen erregt: das alte Bankhaus Koh. Warschauer & Co. tritt, ohne daß die Firma völlig einget, den größten Teil der Geschäfte an die Darmstädter Bank ab, die zugleich eine Kapitalerhöhung um 20 Millionen Mark (auf 154 Millionen M.) vornimmt. Unsere ersten Großbanken „arbeiten“ nunmehr mit folgenden Aktienkapitalien:

	Mill. M.
Dresdener Bank	160
Schaaffhausen'scher Bankverein	125
Deutsche Bank	180
Disconto-Gesellschaft	170
Darmstädter Bank	154
Berliner Handelsgesellschaft	100
Nationalbank für Deutschland	60

Berlin, 25. September 1904. Max Schuppel.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Chemnitz. (Versammlungsbericht.) Sonntag den 2. Oktober fand im Restaurant „Hoffnung“ eine öffentliche Presse- und Presserinnenversammlung statt. Tagesordnung: Haben die Presse- und Presserinnen es notwendig, sich zu organisieren? Kollege Chemnitz hielt das Referat. Er schilderte den Werdegang des Industriearbeiterkampfes, wobei er die Kämpfe der unterdrückten Massen aus dem grauen Altertum bis zur heutigen modernen industriellen Entwicklung in trefflichen Worten und in anschaulicher Weise schilderte. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Presse selbst eingehend, bemerkte er, auch die Presse seien berufen, um den Kampf um bessere Lebensbedingungen aufzunehmen, was sehr notwendig sei. Denn gerade die Branche der Presse habe mit der schlechtesten Arbeitsbedingungen; keine andere Branche habe eine so lange Arbeitszeit aufzuweisen; sie betrage bei ungenügendem Geschäftsgange zwölf Stunden, bei gutem 14 bis 18 Stunden täglich. Außerdem sei die Sonntagarbeit an der Tagesordnung, doch werde dafür Lohn nicht gezahlt. Es helfe wohl, die Feiertage insiden mit bezahlt, in Wirklichkeit hätten diese Arbeiter aber gar keine Feiertage. An Lohn würden 16 bis 22 M. gezahlt; der

durchschnittliche Lohn betrage aber nur 18 M., denn die höheren Löhne würden nur vereinzelt gezahlt. Ein Vergleich der Arbeitszeit mit den Löhnen zeige die furchtbare Ausbeutung dieser Arbeiterkategorie. Daß diese Arbeiter bei dieser Arbeitszeit und der Temperatur, wie sie ja allgemein in derartigen Werksstätten herrsche, in ihrer Gesundheit sehr geschädigt würden und infolgedessen kein hohes Alter erreichten, sei natürlich. Auch das Familienleben leide sehr unter der langen Arbeitszeit, da die Kinder den Vater fast die ganze Woche hindurch nicht zu sehen bekämen, weil sie eben bereits schliefen, wenn der Vater nach Hause komme, und noch schliefen, wenn er morgens wieder zur Arbeit gehe. In warmen Worten forderte der Redner dann die Versammlung auf, sich dem Textilarbeiterverbände anzuschließen. In der Diskussion sprach zunächst Kollege Köhler, der meinte, betriebs der Sonntagsarbeit sei nachzuforschen, ob die Unternehmer auch die Genehmigung der Behörde dazu eingeholt hätten. Am Schluß der Versammlung zahlte Kollege Chemnitz noch die Leistungen des Verbandes seinen Mitgliedern gegenüber auf, die durch die geplante Arbeitslosenunterstützung noch erhöht würden. Auch Kollege Münch als Vorsitzender forderte die Anwesenden noch in kurzen, aber feurigen Worten auf, sich dem Textilarbeiterverbände anzuschließen. Ein großer Teil der Anwesenden ließ sich auch aufnehmen.

Elberfeld. (Versammlungsbericht.) Am 26. September fand im „Volkshaus“ eine von 3 600 Personen besuchte öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt. Der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter, Kollege Hübsch aus Berlin, referierte über „Die Lage der Textilarbeiter und die Aufgaben unserer Organisation“. In recht klarer und allgemein verständlicher Weise schilderte Redner die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie. Während heute die Textilarbeiter sich noch oftmals Lohnabhängige oder sonstige Verschlechterungen gefallen lassen müßten, seien wir, daß die Arbeiter anderer Industrien im Laufe der letzten Jahre ihre Löhne wesentlich aufgehoben und sich eine kürzere Arbeitszeit errungen hätten. Redner stellte Vergleiche an zwischen den einzelnen Industrie-Verhältnissen, woraus recht deutlich hervorging, daß die Textilarbeiter nicht in dem Maße organisiert sind, um die Gefahren, die den Textilarbeitern täglich drohen, abzuwenden zu können. Es sei heute helle Pflicht eines jeden Arbeiters, genau wie die Unternehmer, die ohne Rücksicht auf die politischen oder religiösen Anschauungen ihrer Mitarbeiter sich gemeinsam organisieren, ebenfalls geschlossen in einer einheitlichen Zentralorganisation sich zum letzten Textilarbeiter, zur letzten Arbeiterin zusammenzuschließen, wodurch es allein möglich sein werde, die deutsche Textilarbeiterklasse einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Wer das nicht will — so schloß der Redner seinen Vortrag — der ist den drohenden wirtschaftlichen Schwankungen hilflos und schifflos preisgegeben und trägt Schuld, daß die deutsche Textilarbeiterklasse in dem Ringen um ein besseres Dasein aufgeschalten wird. Reichen Besatz fand Redner für seine Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zum zweiten Punkt: Die beachtliche Betriebsbeschränkung und Lohnreduzierung seitens der bergischen Bandfabrikanten und das unbilligste Verhalten des Bergischen Bandwirkermeister-Verbandes hielt Kollege August Steinbrink das Referat. Auf Verlangen des Bergischen Bandwirkermeister-Verbandes wurde zwischen diesem und der Vereinigung der bergischen Band-Fabrikanten dahin ein Abkommen getroffen, daß die Fabrikanten in ihren Betrieben eine 20prozentige Arbeitszeitverkürzung eintreten lassen. Kollege Steinbrink berichtete in treffenden Ausführungen das Mißschicksellose, Unsolldarische dieser Forderung gegenüber dem Umstande, daß in der Hausindustrie eine willkürliche Arbeitszeit ist, die nicht einmal Sonntags oder in regelmäßigen Nachtruhen sich ausspannt. Die Gehilfen, die bisher nicht an eine Organisation dachten, stehen jetzt vor der Tatsache, daß sie von Arbeitern einer anderen Organisation, dem weiteren seien die Hausmeister auch nicht, geschädigt und gedrückt würden. Selbstverständlich sei eine Arbeitszeitverkürzung immer zu begrüßen, wenn mit ihr eine entsprechende Steigerung der Löhne einträte. Das sei hier aber nicht der Fall, im Gegenteil finde eine ständige Reduktion des Lohnes statt — jetzt für gewisse Posten wieder um 10 Proz. — statt. Sei schon die ganze Lohnlage in der Textilindustrie eine geradezu erbärmliche, so schließe vollends die nun von den Fabrikanten auf Betreiben des Bandwirkermeister-Verbandes vorgesehene Arbeitszeitverkürzung dem Fab den Boden aus. Heber Wege und Mittel, dem unbilligen Verlangen der Hausindustrie zu begegnen, werde eine demnächst stattfindende Versammlung beraten. Lauter, anhaltender Beifall bewies, wie treffend der Redner geschildert hatte. Von dem Bandwirkermeister-Verband sprach ein Herr Paas aus Barmen, der sich mit fleißigen Pausen und höchlichen persönlichen Ausfällen auf Kollege Steinbrink — um nachher, als Kollege Steinbrink mit ihm abrechnen wollte, unter Verachtungsäußerungen seitens der Versammlung sich zu entfernen. Er sprach von „Irreführung der Gesellen“ u. dgl. Nun, wir meinen, daß nach den letzten Ereignissen von einem Irreführen nicht mehr die Rede zu sein braucht, die Tatsachen und die ganze gewordene Lage muß jeden Gesellen, der ein Interesse an sich selbst hat — und das hat jeder — mit Naturnotwendigkeit überzeugen haben, daß er nur noch in einer starken Gemeinschaft, in einer großen wirtschaftlichen Vereinigung dieses sehr interessierten verfolgen kann. Abgesehen von verschiedenen nicht tatsächlichen Mitteilungen meinte Herr Paas — übrigens mit einem herausfordernden Selbstbewußtsein und mit unerhörterlicher Ruhe trotz wiederholter Proteste und trotz verschiedener Proteste seitens der Versammlung —, daß die Lohnangelegenheit lediglich dem Meisterverband angehe und die Arbeiter sich nicht darum zu kümmern hätten. Man steht, Herr Paas steht noch auf dem patriarchalisch-harmonischen Standpunkte der Hausindustriellen der guten alten Zeit. Dieser Standpunkt tritt offen hervor, wenn er sagt, eher müßten die Fabrikbetriebe zu Grunde gehen als wie die Hausindustrie, denn die letztere habe ältere Rechte. Das ist die Logik, mit der ein alter 70-jähriger Mann sagen würde: Ich muß länger leben als jenes kleine Kind, denn ich habe ein älteres Recht! — Herr Paas hat auch erklärt, die Meister würden lieber mit unter dem Mindestlohn arbeiten, nur um sich vor dem Gang in die Fabrik zu retten. — Später aber gab er zu, daß die ökonomische Entwicklung zum Untergang des Kleinbetriebs und auch der Hausindustrie führe. Die Herren Bandwirkermeister scheinen Vogelstreifenpolitik zu treiben. Nur die Augen zu und nicht sehen, wie es Tag um Tag mit der Hausindustrie naturgemäß abläuft, ist für sie das größte Verbrechen. Kollege Hübsch-Berlin erklärte an, daß dieser geschäftlich-wirtschaftliche Prozeß gewiß für den einzelnen von trauriger Bedeutung sei. Indes sei er ruhiger für die Allgemeinheit. Vor allem hätten die Arbeiter kein Interesse an dem Bestehen des alten Zustandes. Im Gegenteil, es ihr die Hausindustrie, dieser Keil, der ständig sich in die Interessen der Arbeiter schlebe, verschwinden, um so besser würde es für die gesamte Arbeiterklasse werden. Im Interesse der Arbeiter, so der Meister selbst, die zwischen Mühen und Sorgen heute sich durch und aufarbeiten, liegt es, wenn die Hausindustrie bald ganz zu ihrer vorübergehenden Erscheinung in der Entwicklung der Produktivform gehöre. Herr Paas nahm dann noch mal das Wort, um den schon überlitterten Ausspruch zu tun, daß eher die Fabriken zu Grunde gehen müßten, als die Hausindustrie, und verschwand dann mit seinen Kollegen. Kollege Steinbrink zeigte die paradoxen Mißstände des Herrn Paas und zeigte, wie gerade die Meister ein Interesse an einem Streik hätten, wie sie immer schäftet hätten, die Arbeit einzustellen — um selbst dann die Streikarbeiten zu übernehmen. Folgende

Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Volkshaus tagende, sehr stark besuchte öffentliche Versammlung von Textilarbeitern und Arbeiterinnen verurteilt mit aller Entschiedenheit das unbilligste Verhalten des Berg. Bandwirkermeisterverbandes, das dahingehet, die in den Fabrikbetrieben beschäftigten Bandwirkergehilfen zu Hunderten brot- und arbeitslos zu machen oder aber durch eine prozentuale Betriebsbeschränkung in den Fabriken die bestehenden schon so niedrigen Löhne so tief herabzusetzen, daß eine menschenwürdige Existenz rein unmöglich wird, während der Bergische Bandwirkermeisterverband selbst sich gegen eine geregelte Verkürzung der Arbeitszeit in der Hausindustrie kräutet, vielmehr sogar heute noch auf Hunderten von Stühlen täglich 14 bis 16 Stunden bei Benutzung der Nachtzeit arbeiten läßt. Des ferneren erhebt die Versammlung energisch Protest gegen die wiederholte Einwilligung des Bergischen Bandwirkermeisterverbandes zur Reduktion der Lohn ohnehin bestehenden Minimal-Lohnsätzen, ohne daß er vorher mit der Organisation der Gehilfen Rücksprache genommen hätte, die natürlich durch die Reduktion der Lohnsätze bedeutend schwerer geschädigt werden als die Meister selbst. Die Versammlung erblickt in diesem Vorgehen des Bandwirkermeisterverbandes einen Verrat an den Gesamtinteressen des Bandwirkerberufes und erklärt den Meisterverband für unfähig, diese Interessen vertreten zu können. Die Versammlung fordert die Meister auf, sich gemeinsam mit den Gehilfen im Zentralverbande Deutscher Textilarbeiter zu organisieren. Demnächst ist es möglich, die bestehenden Löhne hochzuhalten und einem weiteren Rückgang des Berufes vorzubeugen.“

Waulburg. (Versammlungsbericht.) Am die Organisation auch im hinteren Westfalen auszubreiten, veranstaltete die hiesige Zelle für die Textilarbeiter in Zell und Hausen im Galtshaus zur „Arone“ deselbst eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung, welche nur mäßig besucht war. Das Thema lautete: „Der Textilarbeiter im Kampfe ums Dasein.“ Das Referat hielt Kollege Groß aus Freiburg. Er führte von Anwesenden den Werdegang der Textilindustrie vor Augen. Derselbe ist eines der ältesten Gewerbe und wurde in Rom und den alten Städten Griechenlands durch Sklaven betrieben. Weben und Spinnen war in früheren Jahrhunderten bei uns in Deutschland die Arbeit der Frauen. Nach und nach bildete sich aber aus dieser Beschäftigung, wohl auch mit Hilfe der damaligen Zünfte, ein festes Gewerbe. Es herrschte damals noch das patriarchalische Arbeitsverhältnis, das heißt der Geselle wurde als Mitglied der Familie betrachtet und jeder strebte danach, später einmal selbständig zu werden. Mit Einführung des mechanischen Webstuhls aber wurde die Zunftverfassung über den Haufen geworfen und mit dem Selbständigwerden war es vorbei. Es entstanden die Fabriken. Dadurch, daß ein Arbeiter nun bald zwei Stühle bedienen konnte, wurde selbstverständlich eine große Zahl arbeitslos. Da sie aber ohne Verdienst nicht leben konnten, mußten sie halt eben ihre Arbeitskraft billiger anbieten, um andere zu vertreiben und selbst an deren Stelle zu treten. Durch diese Konkurrenz der Arbeiter untereinander wurde aber der Lohn derart herabgedrückt, daß sie einfach nicht mehr haben existieren konnten. In der Verzwiefelung schlugen sie schließlich die Maschinen zusammen — betrachteten sie dieselben doch als die Ursache all ihres Elends, als den Grund für die Arbeitslosigkeit. Solche Vorgänge spielten sich ab in England, in Frankreich, in Deutschland, besonders im Eulengebirge und in Sagan-Gebiet. Aus diesen Vorgängen in letzterem Teile hat auch der Dichter Wieland Ausstrahlung das Material zu seinem ergreifenden Werte „Die Weber“ gewonnen. In jenen traurigen Zeiten erwachte aber auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation. Dasselbe wurde aber von den Meistern auf das schärfste unterdrückt. Auch das Unternehmertum verfolgte die Entwicklung der Organisation mit größtem Interesse und suchte damals schon, wie auch heute noch, durch Gründung allerhand Sonderorganisationen die Arbeiterklasse auseinanderzuhalten, um damit jede einheitliche Aktion zur Erreichung besserer Lebensbedingungen zu vereiteln. Viele Unternehmer suchten sich auch durch Gründung sogenannter Wohlfahrtsvereine, namentlich durch Bau von Fabrikwohnungen, den Mangel christlicher Nächstenliebe umzuwandeln. Man weiß aber recht gut, daß keine derartigen Einrichtungen getroffen werden, wenn die Herren nicht selbst ihren Vorteil dabei finden. Abundant ein Arbeiter, oder will er seine der Schule entwachsenen Kinder nicht in die Fabrik schicken, so muß er oft sofort die Wohnung räumen. Die Arbeiterklasse, vornehmlich die der Textilindustrie, ist aber zum großen Teile selbstständig an ihrer menschlichen Lage infolge ihrer bobanlosen Weltanschauung. Wie oft schon ist der Ruf zur Organisation durchs Land gegangen, wie viele sind gesorgt? wie viele sind fern geblieben? Die Arbeiter können sich nicht nur auf die Staatshilfe verlassen, die Selbsthilfe ist die beste Hilfe. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, sich alle dem Deutschen Textilarbeiterverbände anzuschließen, da nur dieser die Interessen der Textilarbeiter mit Nachdruck vertritt. Lebhafter Beifall bezeugte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion ergriff Herr Kamelle das Wort, um für den Christlichen Textilarbeiterverband eine Länge zu brechen. Er erklärte sich im großen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, in einigen Punkten aber müsse er ihm widersprechen. Er erklärte, er wolle wohl, daß viele Unternehmer gar keine Religion hätten und ihre zur Schau getragene christliche Nächstenliebe nur Schein sei. Er verwahrte sich aber ganz besonders gegen die Behauptung, daß das Wort „christlich“ demnächst mißbraucht würde. Sie seien wirklich christliche Arbeiter und hätten allen das Recht, dies Wort zu gebrauchen. Es sei auch falsch, auf Staatshilfe verzichten zu wollen, man müsse doch das Erreichende geschäftlich festlegen versuchen. (St. Selbstverständlich. D. B.) Herr Kamelle bewies auch, daß der Zentralverband Deutscher Textilarbeiter 60000 Mitglieder zähle, vermochte aber für seine Zweifel keine Gründe anzugeben. Er wollte sich auch dagegen verwahren, daß der Zentralverband Deutscher Textilarbeiter allein es sei, der die Interessen der Textilarbeiter vertritt; der Christliche Verband sei auch eine moderne Gewerkschaft und besorge dies gerade so gut wie wir. Kollege Schmidt-Börsch hielt den Christlichen vor, daß sie schon zu Streikbetrieben geworden seien, worauf derselben einen gewaltigen Spektakel machten und Beweise verlangten. Als ein Kollege von Hausen einen solchen Fall vortrug, den er selbst miterlebt hatte, wollte ein christlicher Kollege auf ihn losfahren, wurde aber von seinem Kollegen noch zurückgehalten. Da nun inzwischen die Vollversammlung eingetreten war, konnte Kollege Groß leider nicht mehr zum Schlußwort kommen; die Versammlung mußte geschlossen werden.

Elsterberg. Wegen Lohnnebehaltungen wird sich demnächst das Gewerbegericht mit einigen hiesigen Firmen beschäftigen müssen. So sind bei der Firma Dörr Otto einem Weber für angebliche Fehler 1,50 M. einbehalten worden. Die Firma August Strobel wird auf Bezahlung einer Forderung von ca. 30 M., die durch Nedermas entstanden sein soll, verklagt werden. Es wird beantragt werden, daß die Geschäftsbücher als Beweismittel eingefordert werden. Auch die Sildersilberfirma Schmüller & Sachs, die sich ihren Sildern gegenüber manchmal in Geschäftshäusern sehr spenbabel zeigte, hat einen krank gewordenen Arbeiterin 1,50 M. einbehalten. Das Recht der Lohnnebehaltung besteht bekanntlich nur für den Fall eines Vertragsbruchs; in allen anderen Fällen muß der Lohn ausgezahlt werden. Gläubiger der Unternehmer an den Arbeiter eine Forderung zu haben, kann er dieselbe nur in Form einem Zwangslohn geltend machen; das sollten die Unternehmer nun doch bald wissen. — Das Unabfertigungsgeschäft von A. G. ist wegen mehrfacher Untertretung der Gewerbeordnung — Unabfertigung von Frauen an Sonnabenden — bei der Gewerbeinspektion zur Angelegenheit gebracht worden.

Schwiebus. (Versammlungsbericht.) Sonntag den 26. September tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Genosse August Päch-Schwiebus hielt einen Vortrag über: „Die Frauen und ihre Bedeutung in der modernen Arbeiterbewegung.“ Der Redner führte den anwesenden Frauen ihre Löhne vor Augen und zeigte ihnen auseinander, wie die bürgerliche Frau zur Arbeiterfrau sich. Er wies auf die Kindererziehung hin und empfahl den Anwesenden, recht frei zu erwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen zu schließen und für diese Organisationsgebilde immer wieder neue Mitglieder zu werben. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zu teil. — Vom Wortleitenden, Kollegen Groß, wurde darauf hingewiesen, daß unser zweites Sittungsfest am 22. Oktober stattfinden wird. Er ersuchte die Mitglieder, recht rege dafür zu wirken.